



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Rede auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 16. Mai 2003

**Für eine friedensbewahrende und zukunftsfähige
Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union**

Herr Präsident,

Sie haben eine Umfrage zur europäischen Außen- und Verteidigungspolitik in Auftrag gegeben. Ich muss Ihnen sagen: Diese Umfrageergebnisse, sind nun wirklich nicht sonderlich hilfreich. Warum? Die Antwort ist einfach. Sie haben es verabsäumt, die Bürgerinnen und Bürger nach den konkreten Inhalten dieser Politik zu fragen!

Ich wette mit Ihnen: Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger gefragt hätten,

- ob Europa aufrüsten soll,
- ob die Staaten angesichts knapper Kassen künftig noch mehr öffentliche Mittel für immer modernere Waffen ausgeben und sich quasi in einen Rüstungswettlauf mit den USA begeben sollen oder
- ob Europa künftig Soldaten zu sogenannten "friedensschaffenden Maßnahmen" in alle Welt schicken soll, möglicherweise sogar ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats,

dann hätten Sie dazu ein überdeutliches "Nein" vernommen.

Ich gebe dem früheren französischen Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn Recht. Er hat in der Zeitung "Le Monde" vom 26. Februar 2003 geschrieben, dass auf den Straßen von London, Rom, Madrid, Paris und Berlin an einem Tag aus Protest gegen den bevorstehenden Irak-Krieg eine "neue Nation", die

"europäische Nation" geboren wurde - und eine ihrer Botschaften lautete: "Faites L'Union, pas la guerre!"

Die große Mehrzahl der europäischen Bevölkerung hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie Krieg als ultima ratio nicht akzeptieren will. Sie wünscht eine Politik, die verbindlich auf gemeinschaftliche und friedliche Konfliktbeilegung setzt. An dieser Botschaft - als Auftrag des europäischen Souveräns - muss sich der Konvent orientieren.

Herr Präsident,

die Vorschläge des Präsidiums zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf militärische Machtprojektion nach außen gerichtet sind und darauf, die Union zur einer international agierenden Militärmacht auszubauen, untergraben das zivil geprägte Projekt der Europäischen Union. Dies kann ich nicht unterstützen. Das Mindeste wäre doch, in der Verfassung eindeutig und ohne Wenn und Aber klarzustellen, dass die Europäische Union gemäß internationalem Recht Angriffskriege ächtet.

Für mich ist nicht nachvollziehbar, weshalb man in allen Artikeln keinen einzigen Vorschlag für eine alternative, nichtmilitärisch geprägte Sicherheitspolitik findet. Gemeinsame Abrüstung oder Rüstungskonversion? Fehlanzeige! Gemeinsame Mechanismen zum Verbot und zur Kontrolle von Rüstungsexporten in Krisengebiete? Fehlanzeige! Gezielte Förderung der Friedensforschung? Fehlanzeige!

Hinzu kommt - besonders gravierend - Fehlanzeige auch im Hinblick auf klare parlamentarische Einflussnahme und Kontrolle durch das Europäische Parlament.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin dafür, dass die Union in der internationalen Politik mit einer Stimme spricht. Ich bin dafür, dass es einen europäischen Außenminister gibt. Dieser Außenminister sollte Europa Gesicht und Stimme verleihen, und zwar durch eine alternative Außen- und Sicherheitspolitik. Darin liegt die Chance für eine eigenständige Politik. Und nur

so kann Europa ein glaubwürdiger, anerkannter und starker autonomer Akteur auf dem internationalen Parkett werden.